

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 7, 3. April 2003

A 13861

rechts

Einblicke

Bedeutungsverlust

Von Helmut Lölhöff

Das durch übertriebenen V-Leute-Einsatz und politische Dusseligkeit gescheiterte Verbotverfahren gegen die NPD hat eine Nebenwirkung, die nicht vorhersehbar war: Nun hat die NPD zwar vor Gericht gewonnen, aber an Bedeutung verloren.

Zum einen ist die NPD im rechtsextremen Lager isoliert. Sie wird dort als spießige, dem parlamentarischen System nahe stehende Partei verspottet und allenfalls als Schutzschild für Aufmärsche gebraucht. Zulauf dürfte die NPD kaum bekommen. Ihre tendenzielle Gefährlichkeit als Einstiegsorganisation, Sammelbecken und Ausgangsort für demokratiefeindliche Aktivisten und Aktivitäten bleibt trotzdem bestehen.

Zwei weitere Gründe kommen hinzu, die die Annahme belegen, dass die NPD eher auf dem absteigenden Ast sitzt. Das Verbotverfahren hatte den Focus im In- und Ausland auf diese Partei gerichtet. Eine Folge war, dass sie fälschlicherweise als das Kraftzentrum der rechtsextremen Bewegungen in Deutschland angesehen wurde. Nun wird das Medieninteresse schlagartig nachlassen. Mit der Wirkung, dass die NPD bald wieder im Tal der Nichtbeachtung versinkt.

Schließlich hatte die NPD, seit ihr der von linksaußen nach rechtsaußen gewanderte Anwalt Horst Mahler beigetreten war, von dessen Bekanntheitsgrad profitiert. Nachdem Mahler wieder ausgetreten ist und dies mit dem Hinweis verband, dass die NPD eine „in jeder Hinsicht bedeutungslose Partei“ sei, fehlt ihr eine schillernde Figur, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken vermag. Dazu ist anzumerken, dass sich Mahler auch selbst überschätzt, wenn er sich nun als Sieger über das Bundesverfassungsgericht fühlt und zum „Feldzug“ für ein Deutsches Reich aufruft.

Mit Bewegungen und Verschiebungen im rechtsextremen Lager ist zu rechnen.

Misstrauen bleibt

Die NPD hat wegen der V-Mann-Geschichten an Ansehen im rechtsextremen Lager verloren.

Seite 3 ■

Beliebte Plattform

Das neonazistische „Nationale Forum“ zählt zu den einschlägigen „Topadressen“ im Netz.

Seite 5 ■

Exil für Jürgen Graf

Per Haftbefehl gesuchter Schweizer Holocaust-Leugner soll sich in Weißrussland aufhalten.

Seite 6 ■

Solidarität mit Irak

Der französische Front National kann mit seiner Antikriegs-Rhetorik nicht punkten.

Seite 7 ■

Unzählige Widerstände

In Berlin wird ein Mahnmal zur Erinnerung an den Völkermord an den Sinti und Roma entstehen.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Am Rande**„Vergeltung“**

Der neurechte Theoretiker Alain de Benoist propagiert Gewalt gegen US-Amerikaner.

Mit dem Beginn des Irak-Krieges scheint sich ein Teil des rechtsextremen Spektrums weiter zu radikalisieren. Neben einigen Neonazis propagiert auch einer der Wortführer der „Neuen Rechten“ in Westeuropa, der Franzose Alain de Benoist, öffentlich Gewalt gegen Amerikaner. In seinem Aufruf vom 20. März bezeichnet de Benoist „Vergeltungsmaßnahmen, gerichtet gegen amerikanische Interessen und auch amerikanische Personen“ als „zugleich legitim und notwendig“. Der sonst um ein seriöses Image bemühte Rechtsextremist spricht auch von militärischen Aktionen, „mit welchen Mitteln, unter welchen Umständen auch immer“. Die „Erklärung wird im Internet unter anderem auf einer szeneweit bekannten neonazistischen Homepage in Deutschland verbreitet. Es sei nun zu befürchten, dass sich rechtsextreme Fanatiker legitimiert fühlen, Anschläge zu begehen, heißt es bei den Sicherheitsbehörden.

Einen Tag später hat Alain de Benoist versucht, auf seiner Website den Aufruf vom 20. März abzuschwächen. Terroristische Aktionen seien prinzipiell zu verurteilen, schreibt der Rechtsextremist. Diese Einschränkung findet sich jedoch nicht auf der Homepage der deutschen Neonazis, auf der auch eine der jüngsten Fernsehansprachen Saddam Husseins in voller Länge wiedergegeben wird.

Der in Paris lebende Alain de Benoist gilt vor allem in Frankreich und Deutschland als führender „Theoretiker“ der Neuen Rechten. Zusammen mit ähnlich gesonnenen Publizisten versucht de Benoist, sein Milieu zu intellektualisieren. Das Bundesamt für Verfassungsschutz bescheinigt auch dieser Spielart des Rechtsextremismus „eine grundsätzliche ablehnende Haltung gegenüber dem Individualismus, den Menschenrechten und den westlichen Demokratievorstellungen insgesamt“. In Deutschland verbreitet insbesondere die in Berlin erscheinende rechtsradikale Wochenzeitung „Junge Freiheit“ die Ansichten ihres Autors. Bislang ist unklar, ob sich die Zeitung diesem Aufruf Alain de Benoists zur Gewalt anschließt.

Frank Jansen

Aktivitäten**„Latrinenparolen“**

Bewährungsstrafe für rührigen Neonazi

Wenn andere Neonazis vor Gericht den eigenen politischen Standort weichgespült mit „rechtsorientiert“, „patriotisch“ oder „national“ angeben, um einer harten Strafe zu entgehen, mag Hartmut Wostupatsch solche Zaghaftigkeit nicht. „Ich bin Nationalsozialist“, bekennet er ganz freimütig vor dem Dortmunder Landgericht. Wegen einer Verunglimpfung des Bundespräsidenten verurteilte ihn das Gericht zu sechs Monaten Haft auf Bewährung. Außerdem muss er eine Geldbuße von 1000 Euro zahlen. Bei einer Neonazi-Demonstration in Gelvesberg im Sommer 2001 unter dem Motto „Todesstrafe für Kinderschänder“ war Wostupatsch zu weit gegangen. Johannes Rau, so hatte er gerufen, habe „bei Gartenpartys und anderen Gelegenheiten 12- bis 13-jährige Mädchen befummelt“ und sich bei Flugreisen „mit seinen Kumpanen“ von fünf Prostituierten begleiten lassen. „Latrinenparolen“, befand der Staatsanwalt. Das Gericht entschied auf Bewährung, weil bei Wostupatsch „Hopfen und Malz noch nicht verloren“ seien. Dabei hatte der 42-Jährige alles getan, um diesen Eindruck nicht aufkommen zu lassen: Er stehe zu seinen Äußerungen, sei „politischer Überzeugungstäter“.

Seit dem Sommer 2001 ist Wostupatsch häufiger Redner bei Neonazi-Aufmärschen – vor allem bei solchen, die Christian Worch organisiert. Zudem zieht er mit Schulungsveranstaltungen zum Thema „Was ist Nationalsozialismus“ durch die Lande. Zeit genug dafür hat Wostupatsch, der nach dem Abitur jeweils ein paar Semester Jura, Geologie und Publizistik studierte. Seit 1992 ist er arbeitslos. Er lebt, wie er sagt, von „Almosen“ von Freunden – „braune Sponsoren“ wäre wohl treffender. In jungen Jahren hatte er eine JN-Schülerzeitung in Würzburg verantwortet. Nach dem Ausschluss aus der NPD 1979 – wegen „Radikalität“, wie er selbst sagt – war er in Kühnens ANS Mitglied im „Amt für nationalsozialistische Lebensanschauung und Schulung“. Danach verschwand er für fast zwei Jahrzehnte aus der Öffentlichkeit. Er sei zwar „ohne bezahlte Arbeit, aber nicht beschäftigungslos“, ließ er die Richter wissen. Seine Beschäftigung findet er – trotz der Turbulenzen über seinen Staatsschutzkontakt im vorigen Jahr – in der Neonaziszene, und dabei dürfte es vorerst auch bleiben. T.S.

Aktivitäten

Ein „Pyrrhus-Sieg“

Das rechtsextreme Lager begegnet der NPD wegen der zahlreichen V-Leute nach wie vor mit Misstrauen.

Udo Voigt griff zur geschichtlichen Analogie: Der 18. März sei „erneut zu einem historischen Datum in dem Kampf für ein besseres Deutschland“ geworden. Der 18. März 1848, der Beginn der bürgerlichen Revolution in Berlin, und der 18. März 2003, die Einstellung des NPD-Verbotsverfahrens durch das Bundesverfassungsgericht: Für den NPD-Parteichef tun sich da Parallelen auf. Es liege auf der Hand, „dass sich die Bürger jetzt mehr und mehr für nationale Politik interessieren werden“, meinte Voigt, nachdem drei der sieben Richter mit ihrem Votum dem quälenden Verfahren ein Ende gemacht hatten. Geht es nach Voigt, würde das rechtsextreme Lager nun zum Schulterschluss finden – natürlich in den Reihen der NPD: „Es gibt keinen Grund mehr, sich in nationalkonservativen Konkurrenzparteien oder Miniorganisationen zu verstecken.“ Der Stellungnahme, die er drei Tage nach der Karlsruher Entscheidung verbreitete, gab er den Titel „Jetzt erst recht NPD – die nationale Alternative, auf die Deutschland wartet“. Doch nach wie vor gilt: Nicht einmal das rechtsextreme Lager insgesamt wartet geschlossen auf jene „nationale Alternative“, die die NPD zu bieten hat.

Beispiel: das Bündnis Rechts. Dessen Infotelefon riet Voigt „zur Zurückhaltung und Bescheidenheit“: „Ob nämlich eine dermaßen von Geheimdiensten unterwanderte Partei wirklich so attraktiv für nationale Aktivisten und Patrioten sein kann, darf bezweifelt werden. Wer wegen eines hohen Maßes an staatlicher Steuerung freigesprochen wird, sollte den Mund nicht ganz so weit aufreißen.“ In dieselbe Kerbe hieb der Hamburger Christian Worch: „Das Gericht konnte nicht feststellen, ob es die NPD als eigenständige Partei überhaupt gibt oder sie nicht unter dem Einfluss von VS-Agenten steht, es ihr mithin an Eigenständigkeit fehlt. Dies ist eine Frage, die sich künftig jeder stellen muss, der mit dieser Partei oder ihren Vertretern politisch zu tun hat.“ Für Worch jedenfalls ist die Karlsruher Entscheidung nur ein Pyrrhus-Sieg der NPD: Das Verfahren habe die NPD mehr geschädigt als die Antragsteller Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat. Kaum ei-

ner werde der Partei künftig noch vertrauen, zumal sie „selbst herzlich wenig getan hat, um ihre Spitzel-Affäre aufzuarbeiten“.

Tatsächlich war Voigt in seiner ersten Stellungnahme auf die Frage der V-Leute in Parteigremien nur sehr knapp und auf den Worch'schen Vorwurf mangelnder Aufklärung durch die Partei überhaupt nicht eingegangen. Republikaner und DVU griffen das Thema umso begieriger auf. Republikaner-Chef Rolf Schlierer klagte, von den Innenbehörden werde „seit Jahren ein Neonazi-Popanz inszeniert, finanziert und anschließend politisch instrumentalisiert“. Die DVU, die die Einstellung des Verfahrens begrüßte, sprach von einem „Treppenwitz“, dass „die NPD vom Verfassungsschutz gerettet worden“ sei. Gleichzeitig gab sie der Konkurrenz eine Mahnung mit auf den Weg: „Es ist auch im Interesse geradliniger, anständiger Nationaldemokraten zu hoffen, dass die NPD den hauptsächlich von Agenten betriebenen Versuch einer Umfunktionierung der Partei jetzt endgültig zurückschlagen kann.“

Einer, dem auch aus den eigenen Reihen der Vorwurf gemacht worden war, die NPD umfunktionieren zu wollen, verließ die Partei unmittelbar nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts: Horst Mahler. Auch altgediente Parteimitglieder hatten sich gefragt, ob Mahlers unverhüllter Antisemitismus und seine obskuren Äußerungen zum 11. September 2001 der NPD nicht eher schaden. Der NPD, der er immerhin zweieinhalb Jahre angehört hatte, bescheinigte er nun nicht nur, „in jeder Hinsicht bedeutungslos“ gewesen zu sein, als das Verbotverfahren eingeleitet worden war. Sie sei auch, so gab er Voigt und Co. zu verstehen, als eine am Parlamentarismus ausgerichtete Partei „unzeitgemäß und – wie das parlamentarische System selbst – zum Untergang verurteilt“. Und im typischen Jargon Mahlers beendet er seine Austrittserklärung: „Das Deutsche Reich lebt! Die Judäo-Amerikanische Despotie und ihre globalen Kapos werden zugrunde gehen.“

Derweil bläst die NPD wieder zum Kampf um die Straße: Am 1. Mai soll in Berlin ganz groß demonstriert werden. Und am letzten Wochenende im März marschierten NPD und ein Teil der so genannten „freien Nationalisten“ in Hanau auf. Einträchtig sprachen dort der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende Holger Apfel sowie die „Freien“ Thomas Wulff und Ralph Tegethoff.

Tomas Sager

Aktivitäten**Mittendrin**

Ex-SSS-Mitglieder agieren offenkundig munter weiter.

Als Ende Februar knapp 500 Menschen in Pirna dem Aufruf der Initiative gegen Extremismus und Zivilcourage zu einer Friedenskundgebung folgten, waren unter ihnen auch über 50 offen agierende Neonazis, so aus dem Umfeld des Dresdner „Klub Thor“ und den Skinheads Sächsische Schweiz, etwa Thomas Sattelberg. Was der „alten Riege“ der SSSler erst gar nicht recht war, wurde nun noch ein doppelter Erfolg: Ursprünglich hatte der SSS-„Nachwuchs“, das Netzwerk Rechts Pirna-Sebnitz, für diesen Tag eine Demonstration in Pirna angemeldet, erst daraufhin hatte die Initiative nachgezogen. Und nun stand man deutlich sichtbar durch eigene Transparente unter anderem mit der Parole „gegen USraelischen Imperialismus“ mittendrin.

Unbeeindruckt vom Verbot der SSS und AO sowie dem Prozess gegen Mitglieder der Organisation, geht die inhaltliche und organisatorische Arbeit in der Sächsischen Schweiz weiter. So wurde vor einigen Wochen bekannt, dass sowohl in Pirna als auch im nahe gelegenen Rosenthal Immobilien angemietet wurden, um rechte Jugendhäuser daraus zu machen. Einer der beiden Mieter in Pirna ist ein (Ex-)SSSler, der demnächst vor Gericht stehen wird. Für das Gebäude mit knapp 280 Quadratmetern zum Mietpreis von 1200 Euro gab es auch Unterstützung vom „Klub Thor“. Aufgeschreckt ließ man seitens der Stadt das Unterfangen überprüfen, mit dem Ergebnis, dass das Gebäude lediglich als Fitness-Studio bis Ende Dezember 2005 vermietet worden war und jegliche andere Nutzung eine automatische Kündigung nach sich ziehen würde. Hinter dem ebenfalls geplanten Tattoo-Studios sollen wiederum zwei derzeit in Dresden vor Gericht stehende (Ex-)SSSler stehen: André Vierig, der bereits diesbezüglich tätig war, sowie Daniel Betke. Auf ihrem VW-Bus prangt seit längerem „Ardan Tattoo – André und Dani“ nebst Telefon- und Faxnummern.

Die Stadt Pirna, die bis heute als gutes Umfeld für die rechte Szene gilt, hat nun insistiert, bei Nichteinhaltung der Bedingungen das Haus schließen zu lassen. Die geplante Einweihungsfeier am 28. März jedenfalls ist erst mal ausgefallen. *Lukas Kilian*

Aktivitäten**Keine Narrenfreiheit**

Neonazi-Anwalt wieder vor Gericht

Das „Giftgas in Auschwitz“, weiß Jürgen Rieger, sei nicht zur Ermordung von Menschen, sondern zur „Entlausung von Kleidungsstücken“ benutzt worden. Erneut leugnete der Hamburger Neonazi-Anwalt vor Gericht den Holocaust.

Seit dem 27. März muss sich Rieger wiederholt wegen Volksverhetzung vor dem Hamburger Landgericht verantworten. Dem 56-Jährigen wirft die Staatsanwaltschaft vor, als Verteidiger eines Neonazis 1996 die Vernichtung der Juden in Auschwitz geleugnet zu haben. Rieger hatte die Vernehmung eines verurteilten Diplom-Chemikers als Sachverständigen zum Beweis dafür beantragt, dass die Vergasung von Menschen in Auschwitz nicht stattgefunden habe. Laut Staatsanwalt habe Rieger auch in dem Beweisantrag den „Völkermord in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, verleugnet“. Es sei unter anderem von einer „angeblichen Massenvernichtung“ und einer „angeblichen Vergasung“ gesprochen worden.

Das Landgericht hatte bereits im Jahr 2000 den Fall verhandelt und den Anwalt freigesprochen. Zwar sei der Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt, jedoch keine Strafbarkeit gegeben. Die Richter meinten, dass Rieger sich im „Rahmen zulässigen Verteidigerhandelns“ bewegt habe, und erklärten Verteidigern sei „ein gewisses Maß an Narrenfreiheit“ zuzugestehen. Das Bundesgericht in Leipzig allerdings bewertete die Prozessklärung Riegers grundsätzlich als „verteidigungsfremdes Verhalten“, da von Rieger „der allgemein bekannte und wesentliche Teile des Holocausts geleugnet“ worden sei. Die Bundesrichter hoben das Urteil auf und wiesen das Verfahren an das Landgericht zurück.

Zu Beginn des Prozesses griff Riegers Verteidiger Hans Günter Eisenecker das alte Urteil auf und beantragte eine Aussetzung des Verfahrens. Schließlich habe sein Mandant „nur von seinem Recht auf freie Verteidigung Gebrauch gemacht“. Ausführlich verteidigte Rieger selbst sein Vorgehen und betonte, dass das „Grundrecht auf freie Berufsausübung verletzt würde“. Die Darlegung ermüdete augenscheinlich selbst Eisenecker, er schlief mehrmals ein. Der Prozess wird fortgesetzt. *Andreas Speit*

Aktivitäten

„Topadresse“ im Netz**Beliebtes neonazistisches Diskussionsforum steht wieder zur Verfügung.**

Seit wenigen Wochen ist das „Nationale Forum“ jetzt wieder online. Das von einem deutschen Neonazi unter dem Pseudonym „wpmp3“ (für: White Power MP3) organisierte Forum, das mehr als 1000 angemeldete Nutzer verzeichnete, war im vergangenen Jahr die wichtigste neonazistische Diskussionsplattform im Internet und über die auf Rainer Erich von Falkenhorst registrierte Domain „die-spinne.org“ erreichbar. Seit Jahresende war sie dann nicht mehr zu erreichen, nachdem „der Ami Kamerad ... irgendwelche starken Probleme mit seinen Servern (hat) die die Rückkehr verhindern“, wie der unter dem Pseudonym „wpmp3“ agierende Verwalter des „Nationalen Forums“ mitteilte. Dieser zählt zu den Betreibern der berühmten Neonazi-Musikseite WPMP3 (White Power MP3). Über diese Seite konnten lange Zeit in Deutschland indizierte und verbotene Titel samt Cover und Texten und weitere strafbare Inhalte abgerufen werden.

Das „Nationale Forum“ ist über die auf Jim Royce registrierte Domain „aryan88“ jetzt wieder online. Deren IP-Adresse ist identisch mit dem Neonazi-Provider „whiterage“, hinter dem die amerikanische Neonazigruppe White Alliance um Richard Anderson aus Kalamazoo (Michigan, USA) steckt. Von den zuletzt aktiven zehn Forenbereichen angeschlossener Webseiten existieren nach dem Relaunch nur noch „Völkischer Sozialist“ sowie die mit „außer Betrieb“ gekennzeichneten Forenbereiche „WPMP3“ und „RAC Music-Database“ (RAC: Rock against Communism). Letztere wird unter dem Pseudonym „Pluton“ betreut, mit dem auch Mitteilungen der Mailingliste der neonazistischen Webseite WPMP3 unterschrieben wurden.

Hinzugekommen ist der „Celtic Moon Versand“. Bei diesem Versand handelt es sich um „einen neuen Partner für's Forum“, über das der entsprechende „Kunden Kontakt intensiviert werden kann“, so WPMP3 in einer Ankündigung Mitte März. Neben Diskussionen und dem Tausch indizierter Musik wird im „Nationalen Forum“ unter anderem auf Webseiten, Veranstaltungen und Demonstrationen hingewiesen. Ebenso werden rassistische und antisemitische Diskussionen geführt.

Neben dem Krieg im Irak ist das von „intifada88“ eingebrachte Pamphlet „Der WAW“ aktuelles Diskussionsthema. Für den oder die Verfasser ist dabei das „Allerwichtigste, dass die große weiße arische Rasse geschützt wird und fortbesteht, koste es, was es wolle“, um dann ein Konzept des „führerlosen Widerstandes“ gegen „Z.O.G.“ (Zionistic occupied government) zu proklamieren.

Die neue Webadresse des „Nationalen Forums“ wurde über die WPMP3-Mailingliste bekannt gemacht und führte dazu, dass sich in der ersten Woche über 150 Nutzer (wieder) beim „Nationalen Forum“ registrierten, mittlerweile sind es über 300. Als aktivster Schreiber im Forum erweist sich „AnamCara“ vom „Kampfbund Österreichischer Nationalisten“. Dessen Beiträge enden mit der Feststellung: „Das Volk definiert sich aus der Rasse und gibt sich als Nation wieder!“. Als Atavar (Symbol) nutzt er das NSDAP-Parteiabzeichen.

Die Nutzerzahlen dürften weiter ansteigen – taucht das „Nationale Forum“ doch schon jetzt unter den ersten fünf Links der bekannten neonazistischen „Top 100“ revisionistischer und nationalistischer Webseiten auf und zählt damit zu den einschlägigen „Topadressen“ im Netz. *Rudolf Kleinschmidt*

Grauzone

Berlin – Im Rahmen des Berliner „Dienstags-Gesprächs“ referierte am 18. März Jörg Haider vor rund 50 Personen in einem Lokal im Berliner Bezirk Wilmersdorf (Eintritt pro Person: 30 Euro) über die Rolle der Nationalstaaten im vereinten Europa. Der Hinweis auf die Veranstaltung wurde unter anderem von dem schleswig-holsteinischen Rechtsextremisten Thorsten Thomsen in einschlägigen Kreisen verbreitet. Mitgereist mit Haider war auch der Kärntner FPÖ-Chef Martin Strutz, Organisator der Veranstaltung mit Haider, der bereits im Mai 1993 bei den „Dienstags-Gesprächen“ auftrat, war Hans-Ulrich Pieper (Jg. 1948), Republikaner-Kandidat bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 21. Oktober 2001. Pieper gehörte dem Sprecherkreis der Deutschen Aufbauorganisation von Alfred Mechttersheimer an und nahm nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes 1993 an einer Veranstaltung der rechtsextremen Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft teil. Als Referenten bei den Berliner „Dienstags-Gesprächen“ sind unter anderem bereits Manfred Brunner, Bernd Kallina, Hans-Helmuth Knütter und Alfred Schickel in Erscheinung getreten. *A.M.*

Ausland**Ostwärts ins Exil**

Jürgen Graf, einer der zentralen Figuren in der Szene der Holocaust-Leugner, wird in Weißrussland vermutet.

Der in der Schweiz und in Deutschland von den Behörden gesuchte Holocaust-Leugner Jürgen Graf hält sich einem Bericht der „Schaffhauser Nachrichten“ zufolge in Weißrussland auf. Graf ist seit Jahren einer der weltweit bekanntesten und aktivsten Leugner der Shoa. Nach einem Studium der englischen, französischen und skandinavischen Philologie arbeitete der 1951 in Basel geborene Graf als Sprachlehrer. 1982 verließ er die Schweiz und kehrte erst 1988 wieder zurück. Ab 1990 arbeitete er als Latein- und Französischlehrer in Therwil bei Basel. Zuvor hatte er sechs Monate auf dem als Asyl-Empfangsstelle dienenden Rheinschiff „Basilea“ gewirkt und seine dort gemachten Erfahrungen in einem fremdenfeindlichen Buch mit dem Titel „Das Narrenschiff“ verarbeitet, das in rechten Kreisen großen Anklang fand.

1991 traf Graf auf den betagten Schweizer Revisionisten Arthur Vogt. Nach Grafs eigenen Angaben lernte er erst durch ihn die Thesen der Revisionisten kennen und entwickelte sich unter seinem Einfluss zum Holocaust-Leugner. Bereits zwei Jahre später trat Graf mit seiner ersten eigenen revisionistischen Publikation in Erscheinung. Unter dem Titel „Der Holocaust auf dem Prüfstand“ veröffentlichte er eine gekürzte Fassung seines Buches „Der Holocaust-Schwindel“, das kurze Zeit später erschien und von Graf in Zusammenarbeit mit dem einschlägig bekannten Franzosen Robert Faurisson verfasst worden war. Unmittelbar nach der Veröffentlichung von „Der Holocaust auf dem Prüfstand“ wurde Graf vom Schulunterricht suspendiert, fand aber ein Jahr später eine Anstellung an einer privaten Sprachschule in Basel.

1994 reiste Graf in die USA und trat in Kalifornien als Referent bei der 12. Tagung des „Institute for Historical Review“ auf. Dort machte er Bekanntschaft mit zahlreichen Revisionismus-Profis wie Ernst Zündel, Mark Weber und Bradley Smith. Außerdem gründete er im Sommer desselben Jahres mit Arthur Vogt und Andreas J. W. Studer die „Arbeitsgemeinschaft zur Enttabuierung der Zeitgeschichte“ (AEZ), die die Zeitschrift „Aurora“

herausgab. 1995 wurde er in der Bundesrepublik in Abwesenheit wegen Volksverhetzung zu einem Jahr Haft ohne Bewährung verurteilt. Mit Haftbefehl gesucht wird Graf in Deutschland außerdem, weil er es 1997 versäumte, zu einem Gerichtstermin zu erscheinen.

Grafs geschichtsrevisionistische Aktivitäten brachten ihn 1998 auch in der Schweiz mit dem Gesetz in Konflikt. Im Juli 1998 verurteilte ihn das Bezirksgericht Baden im Kanton Aargau zusammen mit seinem Verleger Gerhard Förster zu 15 (Förster zu 12) Monaten Haft und einer empfindlichen Geldstrafe. Um der Gefängnishaft zu entgehen, setzte sich Graf ins Ausland ab. Zuflucht fand er zunächst in Teheran, dann vermutlich in Russland. Bei der Organisation einer für 2001 in Beirut geplanten internationalen „Revisionistenkonferenz“, die nach Protesten aus dem In- und Ausland abgesagt werden musste, war Graf maßgeblich beteiligt. Im Januar 2002 war er Hauptredner auf einer zweitägigen Tagung von Holocaust-Leugnern in Moskau, die von der amerikanischen Zeitschrift „Barnes Review“ zusammen mit dem Herausgeber des Moskauer „Enzyklopädischen Verlags für russische Kultur“, Oleg Platonov, veranstaltet wurde.

Grafs persönliche Verbindungen sind international weit gespannt. Gute Kontakte unterhält er unter anderem zum ebenfalls flüchtigen (und heute in den USA ansässigen) Germar Rudolf, dem Deutsch-Australier Frederick Toben sowie dem in Schweden lebenden Exilmarokkaner Ahmed Rami. Für letzteren betätigte Graf sich als Übersetzer ebenso wie für den amerikanischen Rechtsextremisten David Duke, der seinerseits einige Zeit in Moskau lebte. Darüber hinaus ist Graf mit dem „Institute for Historical Review“ (IHR) eng verbunden. Im Mai 2000 war er zu Gast bei der 13. Konferenz des IHR und sein dort gehaltener Redebeitrag wurde in der Zeitschrift des Instituts veröffentlicht.

Mittlerweile soll Graf seinen Aufenthalt in Minsk durch die Heirat mit einer Weißrussin legalisiert haben. Eine Auslieferung an die Schweiz oder Deutschland gilt als unwahrscheinlich, da die ihm zur Last gelegten Vergehen in der ehemaligen Sowjetrepublik nicht strafbar sind. Mögliche Unbill könnte dem Holocaust-Leugner allerdings durch den Umstand drohen, dass er einige für eine rechtsgültige Eheschließung notwendigen Papiere, wie zum Beispiel eine Geburtsurkunde, nicht bei sich führt – und diese nur in der Schweiz bekommen kann.

Thomas Grumke

Ausland

Antikriegs-Rhetorik

Der rechtsextreme Front National in Frankreich unterstützt das Regime Saddam Husseins.

Aus der Ferne würde man zweifellos glauben, es handele sich um ein Plakat von Pazifisten oder Linken. Oben steht in dicker Schrift „Irak: Nein zum Krieg“, und darunter sieht man Rumpf und Arme eines Soldaten mit schwerer Waffe sowie, im Hintergrund, ein weinendes Kind. Doch im rechten unteren Eck prangt die blau-weiß-rote Flamme mit dem Kürzel „FN“, daneben steht die Kontaktadresse der rechtsextremen Partei. Dieses Motiv zielt seit dem 21. März die elektronischen Botschaften, die der Front National mehrmals pro Woche über seine Mailingliste an Sympathisanten versendet. Seit wenigen Tagen werden die „Anti-Kriegs-Plakate“ des FN jetzt auch in Paris geklebt.

Der scheinbar humanistische Charakter des vom FN verbreiteten Materials belegt seine Fähigkeit, auf sensible Weise aktuelle gesellschaftliche Stimmungen aufzugreifen und Verwirrung zu stiften. Die pseudo-pazifistische Pose hat dabei in jüngerer Vergangenheit eine gewisse Tradition. So platierte der FN zu Anfang des Jahres 1991 auf breiter Fläche: Mitterrand, la guerre – Le Pen, la paix (Mitterrand, der Krieg – Le Pen, der Frieden), als Frankreichs damaliger sozialistischer Präsident François Mitterrand das Land mit 15 000 Soldaten am seinerzeitigen Golfkrieg teilnehmen ließ. Damit überraschte die extreme Rechte, von der man ein eher militaristisches Profil gewohnt war, viele Beobachter.

Tatsächlich widerspiegelte die Opposition des FN gegen die US-geführte Allianz im Golfkrieg von 1991 seinen damaligen Paradigmenwechsel. Am Ende der Blockkonfrontation hatte der – bis dahin vor allem antikommunistisch orientierte und gegen die Dritte Welt ausgerichtete, und in den 80er Jahren eher pro-atlantische – Front National seine weltpolitische Orientierung gründlich neu definiert. Da die Frontstellung „freie Welt gegen Kommunismus“ überholt sei, so die rechtsextremen Vordenker und Strategen, müsse man jetzt eine antiwestliche Orientierung annehmen, um sich strikt von der liberalen Variante des Kapitalismus abzugrenzen.

Damals vollzog fast die gesamte konservativ-liberale Rechte zwischen dem Ausbruch der Kuwait-Krise im August 1990 und dem Kriegsbeginn im Januar 1991 einen Kurswechsel zugunsten der Unterstützung der USA. Daher stand der Front National mit seiner klar pro-irakischen Opposition – Parteichef Jean-Marie Le Pen besuchte im November 1990 demonstrativ Saddam Hussein – auf Seiten der Rechten am Ende weitgehend allein da.

Im Jahr 2003 haben sich die Dinge geändert. Frankreichs offizielle Position war, vor dem Hintergrund eines Interessenkonflikts mit den USA (dabei ging es um die Neuordnung des Mittleren Ostens und die Aufgabenverteilung in der NATO), seit dem Jahreswechsel eher gegen die Kriegspläne der US-Administration gerichtet. Zumindest wurde eine Zustimmung zu einem Krieg mit Bedingungen versehen, die durch die Regierung Bush zurückgewiesen wurden. Damit wurde dem FN tendenziell der Wind aus den Segeln genommen. Denn dass dieser nicht nur den US-Krieg ablehnt, sondern auch explizit das Regime Saddam Husseins unterstützt, ist bis in seine eigene Wählerschaft hinein recht unpopulär.

■ In der Friedensbewegung nicht erwünscht ■

In der (Medien-)Öffentlichkeit ist der FN im Zusammenhang mit den Antikriegsprotesten von Linken und Pazifisten so gut wie gar nicht vertreten. Der FN hat zwar am 1. Februar eine eigene Kundgebung mit seiner pseudo-humanistischen Vereinigung SOS Enfants d'Irak (SOS Kinder des Irak), der Le Pens Ehefrau Jany vorsteht, durchgeführt – dabei fanden sich jedoch nur rund 150 Personen ein. Aus Anlass der großen Antikriegsdemonstration mit 200 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern 14 Tage später hatte zwar die Le Pen-Tochter Marine, die mögliche künftige Parteivorsitzende, eine Teilnahme ihrer Partei angekündigt. Die Veranstalter machten jedoch deutlich klar, die extreme Rechte nicht im Zug zu dulden. Letztlich hielt man es beim FN wohl für angeraten, sich lieber nicht blicken zu lassen.

Aus Anlass des Kriegsbeginns hielt Le Pen im Europaparlament eine recht scharfe Rede, wobei er erklärte, nunmehr bräuchten die Staatshäupter der US-geführten Koalition sich „nicht zu wundern, wenn sie zu den ersten Zielen terroristischer Vergeltungsaktionen werden“.

Bernhard Schmid

Ausland**„Likutniks“****Mehr antisemitische Vorfälle in den USA**

Die in New York beheimatete Anti-Defamation League (ADL) hat in ihrem jährlich erscheinenden Audit of Anti-Semitic Incidents auf einen dramatischen Anstieg antisemitisch motivierter Vorfälle vor allem im Großraum Washington, DC, aufmerksam gemacht. Ein neuer ADL-Report dokumentiert 90 solcher Vorfälle im District of Columbia und den angrenzenden „Speckgürteln“ in Maryland, Virginia und North Carolina – knapp eine Verdoppelung der 2001 gemeldeten Zahl von 48. Zurückgeführt wird diese erhebliche Zunahme auf Konspirationstheorien rund um den 11. September 2001, in denen wahlweise der Mossad, der Staat Israel oder Juden allgemein für die Terroranschläge verantwortlich gemacht werden. Gleichermassen kommen gegenwärtig immer mehr Stimmen auf, die den wahren Grund des Angriffs auf den Irak in der Wahrung israelischer Interessen durch eine als nahezu allmächtig angesehene jüdische Lobby in und um die US-Administration sehen. Namentlich als „Likutniks“ bezeichnete Neokonservative wie Paul Wolfowitz oder Richard Perle werden hier als Drahtzieher gesehen.

Landesweit wurden 1559 antisemitische Vorfälle gezählt (plus 8 Prozent). Zu beobachten ist eine erhebliche Zunahme von antisemitischen Postwurfsendungen rechtsextremer Gruppen und ein Anstieg an Vandalismus. So verteilten die National Alliance sowie die World Church of the Creator regelmäßig Flugblätter, Broschüren und Bücher, die eine alleinige jüdische Verantwortung für den 11. September und auch für den gegenwärtigen Angriff auf den Irak angaben. Darüber hinaus entwickeln sich vor allem Colleges zu Tatorten mit Hakenkreuz-Schmierereien auf Spinden jüdischer Studenten bis zu verbalen Angriffen: ein landesweiter Anstieg von 24 Prozent in diesem Umfeld.

In Ermangelung stringenter staatlicher Beobachtung obliegt es in den USA nichtstaatlichen Agenturen wie der ADL, eigene Erhebungen zu rechtsextremen Organisationen, Vorfällen und Entwicklungen zu machen. Da in den USA rechtsextreme Propaganda durch den ersten Verfassungszusatz („Freiheit der Rede“) geschützt ist, ist nur ein Bruchteil der hier gemeldeten Vorfälle strafbar. *Prof. Dr. T.G.*

Aktivitäten**Keine Heimkehr****Neonazis üben Solidarität mit dem inhaftierten Holocaust-Leugner Zündel**

„Ernst Zündel – Sein Kampf für Deutschland“, heißt es pathetisch auf „The Zundelsite“. Doch ironischerweise geht es den Freunden des 63-Jährigen Holocaustleugners gerade darum, seine Auslieferung nach Deutschland zu verhindern.

Jahrzehntelang hatte Zündel von Kanada aus revisionistisches Schrifttum in alle Welt geschickt. Neben seinem Buchversand nutzte er dabei das Internet. Nachdem sein Treiben auf zunehmenden Widerstand in Kanada stieß, wich Zündel in die USA aus, wo er am 5. Februar 2003 von den US-Einwanderungsbehörden mit einem abgelaufenen Besuchervisum festgenommen und nach Kanada abgeschoben wurde. Seitdem sitzt er in der Provinz Ontario im Gefängnis und kämpft gegen seine Auslieferung nach Deutschland. Mehrfach hatte Zündel, der seit 1958 in Kanada lebt, vergeblich versucht, in den Besitz der kanadischen Staatsbürgerschaft zu gelangen. Zündel bezeichnet sich als deutsch-kanadischer Dissident und hat einen Asylantrag gestellt. Das hat zu Protesten von antifaschistischen und jüdischen Organisationen in Kanada geführt. Sie sprechen von einem „schamlosen Missbrauch“ des Asylrechts und fordern Zündels schnelle Auslieferung nach Deutschland.

Zündels Gesinnungsfreunde mobilisieren im Internet für die Freilassung des Revisionisten, den sie als Opfer von Gesinnungsjustiz apostrophieren. Auf der „Zundelsite“ ist neben einem Foto von Zündel die US-Fahne eingeblendet. In einem kurzen Hinweis beruft man sich auf die in der US-Verfassung garantierte Freiheit des Wortes. Bei der Kampagne geht es auch um den Erhalt der Website. „Bitte unterstützt den Kampf der Zündelseite“ heißt in großen Lettern am Seitenanfang. Im rechten Störtebeker-Netz wurden Texte aus dem „National Journal“ dokumentiert, die in typisch antisemitischer Diktion vermelden: „Zündel hatte sich seit Jahrzehnten durch seine Aufklärungsarbeit über bestimmte Ereignisse der Zeitgeschichte besonders in jüdischen Kreisen erbitterte Feinde gemacht. Dass diese jetzt die Gunst der Stunde nutzen und alles daran setzen, dass man ihn endgültig mundtot macht, ist zu erwarten.“ *Peter Nowak*

Grauzone**Siegerists Coup****Die Deutschen Konservativen wildern im Gehege des „Deutschland-Magazins“.**

Der Leserschaft des vor dem finanziellen Kollaps stehenden „Deutschland-Magazins“, wurde in diesen Tagen ein Blättchen mit dem Titel „Konservative Deutsche Zeitung“, die von dem rechtsextremen Verein Die Deutschen Konservativen (Hamburg) herausgegeben wird, zugeschickt. Die Befürchtung von Elisabeth Hager, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Deutschland-Stiftung, dass die Deutschen Konservativen eine Konkurrenzangabe zum „Deutschland-Magazin“ planten, hat sich damit bewahrheitet (vgl. BnR 6/03). Zuvor hatte der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Joachim Siegerist, Vorsitzender der Deutschen Konservativen, nach einer dubiosen Spendenkampagne für das „Deutschland-Magazin“, wovon das Blatt nach Angaben von Elisabeth Hager „keinen Cent der Spendengelder erhalten“ hat, die Adressenkartei der reaktionären Zeitschrift in seine Hände gebracht.

Angaben von Siegerist, Mitglied der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, zufolge, sind die „Schuldenberge“ der „Deutschland-Stiftung“ atemberaubend. „Zum Teil wurden weit überhöhte Honorare und Gehälter gezahlt. Das akzeptieren wir nicht. Der Vorstand ist total zerstritten und besteht gegenwärtig nur noch aus einer einzigen Person.“ (Schreiben vom 06. März 2003)

Die Auflage der „Konservativen Deutschen Zeitung“, deren Aufmachung eher schlicht ist, beträgt angeblich 40 000. Demgegenüber, so Siegerist, lag die Auflage des „Deutschland-Magazins“ zuletzt bei 6000 Exemplaren, von denen viele „stapelweise und ungefragt in Pressestellen und bei CDU-Geschäftstellen“ landeten. Sein Blättchen, so lobt Siegerist selbst, sei dagegen „forscher“, so dass sich „Freunde“ von der „Schüler-Union“ um die neue Zeitung „gerissen“ und diese „in wenigen Tagen massenweise in den Schulen verteilt“ hätten.

Siegerist brüstet sich damit, dass sein Verband („40 000 Freunde“) als „einziger ‘rechter’ Kreis in Deutschland“ kampagnenfähig sei. Schwerpunkte der nächsten Zeit sind Attacken gegen die Bundesregierung („Schröder und Fischer müssen von

der politischen Bühne verschwinden“) und der „Kampf“ gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund („Der DGB dient der Demokratie und der Wirtschaft nicht, er schadet beiden.“). Gelobt wird dagegen „der mutige“ stellvertretende Fraktions-Chef der CDU/CSU, Friedrich Merz.

Strippenzieher der Anti-DGB-Kampagne („Konservative Deutsche Zeitung“: „Gewerkschaftsstaat – NEIN DANKE!“) ist Peter Helmes, früherer Geschäftsführer der Unions-Mittelstandsvereinigung. Das Magazin „Focus“ berichtete 1996, dass Helmes von seinem Posten zurücktrat, nachdem öffentlich wurde, dass er entgegen dem Verbot der Bundespartei einen Spendensammler engagiert habe.

■ Mit dubioser Spendenkampagne Adressenkartei beschafft ■

Verantwortlich für den Inhalt der „Konservativen Deutschen Zeitung“ zeichnet der Ex-Springer-Archivar Ivan Denes, Autor in der „Jungen Freiheit“, ehemals Referent beim Bund Freier Bürger. Ständige Mitarbeiter des Blattes sind Heinrich Lummer, vormals CDU-Bundestagsabgeordneter und Berliner Innensenator, heute Ehrenpräsident der Deutschen Konservativen, Andreas Mölzer, Chef-Redakteur und Herausgeber des österreichischen JF-Ablegers „Zur Zeit“, der Kärntner FPÖ-Politiker Andreas Skorianz und JF-Chefredakteur Dieter Stein. Letzterer wehklagt in seinem Beitrag „Ein Kampf für die Freiheit“, dass sich eine „Diktatur der ‘Political Correctness’ wie Fesseln um die freiheitliche Demokratie in Deutschland gelegt“ habe.

Zur Feder greifen für die „Konservative Deutsche Zeitung“ Bruno Bandulet, vormals außenpolitischer Referent der CSU, später Präsidiumsmitglied des mittlerweile aufgelösten Bund Freier Bürger, Ex-BFB-Chef Heiner Kappel, heute Bundesvorsitzender der Deutschen Partei und Hans-Helmuth Knütter, Referent bei der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik. Knütter lamentiert darüber, dass „Deutschland ein US-Satellit“ mit einem „sehr eng begrenzten Handlungsrahmen“ sei.

Nicht erwähnt wird in dem Blatt der Deutschen Konservativen allerdings, dass bereits im Mai 1999 eine Erstausgabe der „Konservativen Deutschen Zeitung“ erschienen war. Doch der „lupenreinen Zeitung“ ging schon nach der ersten Ausgabe der Atem aus. *Anton Maegerle*

Demokratische Initiativen**Zusage eingelöst****Endlich ein Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma.**

Der 16. Dezember ist für die europäischen Sinti und Roma ein Tag der Trauer. Denn vom 16. Dezember 1942 stammt ein Erlass des Reichsführers-SS, Heinrich Himmler, mit dem der Völkermord an den Sinti und Roma begann. Himmler befahl damals, alle im Deutschen Reich und in den besetzten Gebieten lebenden „Zigeuner“ ins Konzentrationslager Auschwitz „einzuweisen“. Dem Erlass fielen allein in Auschwitz-Birkenau mehr als 22 000 Kinder, Frauen und Männer aus 22 europäischen Staaten zum Opfer. Andere Mordstätten waren Sobibor, Treblinka, Chelmno, Belzec, Sachsenhausen, Ravensbrück, Buchenwald, Bergen-Belsen, Dachau, Natzweiler, Mauthausen und Babi Yar bei Kiew. Insgesamt haben die Nazis eine halbe Million Sinti und Roma umgebracht.

Deshalb gibt der Bundesratspräsident seit vielen Jahren am 16. Dezember einen Empfang für die Repräsentanten des Zentralrats der Sinti und Roma – früher in Bonn, jetzt in Berlin. Als der Zentralrat im März 1997 in Heidelberg sein Dokumentations- und Kulturzentrum eröffnete, sagte Bundespräsident Roman Herzog: „Der Völkermord an den Sinti und Roma ist aus dem gleichen Motiv des Rassenwahns, mit dem gleichen Vorsatz, mit dem gleichen Willen zur planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt worden wie der an den Juden.“ Und die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth erinnerte daran, dass es bis 1982 dauerte, ehe die Bundesregierung endlich den Massenmord der Nazis an den „Zigeunern“ als Völkermord anerkannt hat. Bis dahin hatte der Zentralrat ungezählte Widerstände überwinden müssen, von denen der vorläufig letzte erst in diesen Tagen gefallen ist. Die Bundesregierung hat soeben zugesagt, die Kosten für ein Mahnmal zur Erinnerung an den Völkermord zu übernehmen. Das ist ein großer Schritt in die richtige Richtung. Zu verdanken hat das der Zentralrat in erster Linie seinem Präsidenten Romani Rose.

Dass es eine solche Gedenkstätte in Berlin geben wird, hatte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) bereits kurz nach der Ablösung des schwarz-gelben Senats im Sommer 2001 angekün-

digt. Bis dahin hatten führende Berliner CDU-Leute sich strikt gegen ein solches Mahnmal gestemmt. Der CDU-Fraktionschef im Abgeordnetenhaus, Klaus Landowsky, stand zusammen mit Wowereits Vorgänger Eberhard Diepgen an der Spitze der Gegner. Landowsky formulierte unter anderem, man müsse „doch noch hoch erhobenen Hauptes durch die Straßen gehen können.“ Das kann er inzwischen wegen der Finanzskandale nicht mehr.

Mit dem Wechsel von Schwarz-Gelb zu Rot-Rot hat sich die Lage geändert. Es gibt inzwischen bereits einen Bauplatz. Das Mahnmal soll in der Nähe des Brandenburger Tors entstehen. Das Gelände stellt die Stadt Berlin zur Verfügung, die Baukosten von etwa zwei Millionen Euro sowie die Wartungskosten von jährlich um die 300 000 Euro kommen vom Bund. Unklar ist, wann der erste Spatenstich gemacht werden wird. Mit der Finanzierungszusage löst die Bundesregierung ein Versprechen ein, das die Sprecherin der Bundeskulturbeauftragten Christina Weiss so formulierte: „Bei der Realisierung des Holocaust-Mahnmals für die ermordeten Juden Europas hat sich der Bund schriftlich verpflichtet, auch anderer Opfergruppen zu gedenken.“ Deshalb werde nun, so Weiss, der Bund auch das Geld für die neue Gedenkstätte bereitstellen.

Der Entwurf stammt von dem 73-jährigen israelischen Künstler Dani Karavan. Er sieht einen ovalen See oder Brunnen mit einem Durchmesser von 30 Metern vor, in dessen Mitte eine dreieckige, versenkbare Stele stehen soll. Auf ihr möchte Karavan täglich eine frische Rose gelegt sehen, die Tag für Tag aus dem Wasser auftauchen soll. Auf dem Rand des Beckens wird in drei Sprachen die zitierte Feststellung von Roman Herzog stehen. Dazu plant er einen „gleichmäßigen, leicht schrillen Geigenklang“, vermutlich weil viele Leute „Zigeuner“ mit Geigenmusik in Verbindung bringen. Rose sei mit dem Entwurf „sehr einverstanden“, sagte Karavan. Kultursenator Thomas Flierl (PDS) begrüßt das Engagement des Bundes und betont: „Es ist aber ein gemeinsames Projekt mit dem Land Berlin, weil wir das Grundstück stellen.“

Um das Mahnmal zu bekommen, hatte Romani Rose im Herbst 2000 Unterschriften für einen Appell an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und den damaligen Regierenden Berliner Bürgermeister Diepgen gesammelt und dabei Unterstützung von politischer, wissenschaftlicher, religiöser und kultureller Prominenz aus der ganzen zivilisierten Welt erhalten.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen**Bronzelettern****Tragik einer deutsch-jüdischen Familie**

Wer derzeit das Berliner Jüdische Museum besucht, dem wird über der Eingangstür des Altbaus eine blaue Leuchtschrift auffallen. Der Text ist allen vertraut: „Dem Deutschen Volke“. Aber wieso steht sie hier, die Aufschrift des Reichstagsgebäudes? Im Museum wird die erste Wechselausstellung gezeigt, und sie ist der jüdischen Bronzegießerfamilie Loevy gewidmet, in deren Werkstätten einst die 60 Centimeter hohen Buchstaben des 16 Meter langen Schriftzuges an der Westfassade des Parlamentssitzes gefertigt wurden. Im Vordergrund der Exponatensammlung stehen auf 500 Quadratmeter Fläche Aufstieg und Tragik von vier Generationen einer ebenso jüdischen wie deutschen Handwerkerfamilie, im Hintergrund der Reichstag, mit dem das Familienschicksal untrennbar verbunden ist. Es lag nahe, diese Thematik im Rahmenprogramm zu vertiefen. Die Art, in der das geschieht, ist nicht alltäglich: Museum und Bundestags-Besucherdienst bieten kombinierte Führungen an, die mit dem Ausstellungsbesuch beginnen und der Besichtigung des Reichstagsgebäudes enden.

Der Weg der Familie Loevy beginnt in der Großen Hamburger Straße 8, wo Samuel Abraham Loevy 1855 eine Gießerei eröffnete und wo er und seine Frau Rebecka ihre erste Wohnung bezogen. Er verliert sich in Hausnummer 26 auf der gegenüberliegenden Straßenseite, wo die Berliner Gestapo in den letzten Kriegsjahren im ehemaligen Jüdischen Altersheim ihr Sammellager für Deportationen in die Vernichtungslager eingerichtet hatte. Zunächst aber erwarben sich der Firmengründer und später seine Söhne Albert und Siegfried hohes Ansehen als Unternehmer und Gestalter. Die Bronzegießerei S. A. Loevy galt als eine der renommiertesten in Preußen. Die Besitzer wurden wohlhabend und erhielten den Titel „Königlicher Hoflieferant“. Sie spezialisierten sich vornehmlich auf Türbeschläge.

Die Ausstellung vermittelt einen Eindruck von der bemerkenswerten Qualität und modernen Form der Produkte, unter anderem an rund 75 verschiedenen Türklinken, darunter einigen frühen Exemplaren des „Gropius“-Drückers, der so sehr zum modernen Kultgegenstand wurde, dass es Nachahmungen und Prozesse um deren Rechtmäßigkeit gab.

Einen Blickfang in der Ausstellung bilden in Originalgröße nachgebaute Modellteile einer riesigen Dioskurengruppe für den Neubau der Deutschen Botschaft in St. Petersburg 1913. Am wichtigsten dürfte aber die Bronzeinschrift für das Reichtagsgebäude sein, die 1916 nach einem in der Ausstellung gezeigten Entwurf des namhaften Architekten Peter Behrens gegossen und angebracht wurde – aus undurchsichtigen Gründen erst im Krieg und 22 Jahre nach der Vollendung des Bauwerks.

Trotz der gemeinsamen Arbeit bei der Leitung des Unternehmens gingen die Söhne als Juden gegensätzliche Wege. Albert blieb fest in seinem Glauben verwurzelt, sein Schwiegersohn Leo Kopf war als Komponist und Dirigent in den Synagogen der Berliner Gemeinde aktiv. Siegfried heiratete eine Nichtjüdin und ließ seine Kinder taufen. Er bewegte sie 1918 sogar, sich von einem befreundeten pensionierten Oberlehrer, Bernhard Gloeden, adoptieren zu lassen, damit sie sich ihres jüdischen Namens entledigen konnten. Am Ende teilten Getaufte und Ungetaufte das Schicksal aller deutschen Juden unter der Nazi Herrschaft: Die einen wurden gejagt und deportiert, den anderen blieb nur der Weg in die Emigration. Die nach wie vor hoch angesehene Firma wurde – erstaunlich spät – 1939 „arisiert“. Franziska und Ernst Loevy wurden in Auschwitz ermordet, andere Familienmitglieder in Chelmno, Majdanek und Theresienstadt. Siegfried Loevys Sohn Erich Gloeden, also nach den nazistischen Rassegesetzen ein „Mischling“, blieb zunächst als Architekt in der Uniform der Nazi-Organisation Todt, zu der man ihn 1939 eingezogen hatte, unbehelligt. Gleichzeitig wandelte er sich vom „Assimilanten“ zum überzeugten Zionisten. Er wurde zur Anlaufstelle für untergetauchte Juden, gewährte schließlich General Fritz Lindemann, einem der Männer des 20. Juli 1944, Unterschlupf. Ein Denunziant verriet ihn. Er, seine Frau und seine Schwiegermutter wurden von Freislers „Volksgerichtshof“ zum Tode verurteilt und am 30. November 1944 hingerichtet. Auf dem Urteil steht „Im Namen des Deutschen Volkes“.

Heute trägt der neugestaltete Reichstag wieder die traditionsreichen Bronzelettern. Eine von Bundestagspräsident Wolfgang Thierse und Urenkelin Ruth Kopf enthüllte Gedenktafel erinnert an die Bronzegießerfamilie.

Ralf Bachmann

Dem Deutschen Volke. Die Geschichte der Berliner Bronzegießer Loevy. Sonderausstellung des Jüdischen Museums, Lindenstraße 9-14, 10969 Berlin. Bis 15. Juni 2003.

Demokratische Initiativen**Die stillen Helfer**

Warum, hat Johannes Rau gefragt, gibt es in Deutschland keine Gedenkstätte für jene Deutschen, die unter Gefahr für sich und das Leben ihrer Familien Juden und andere Verfolgten in der NS-Zeit gerettet haben, oder die zumindest versucht haben, ihnen zu helfen, Asyl zu geben oder sie außer Landes zu bringen? 10 000 bis 15 000 sollen es gewesen sein, eine Statistik gibt es naturgemäß nicht, die sich einer solchen Aufgabe gestellt haben. 3000 bis 5000 Rettungsversuche seien erfolgreich gewesen, sagen einige. Mit Sicherheit haben Menschen dank solcher Hilfe überlebt. Meist, so der Berliner Historiker Wolfgang Benz, sei ein Netzwerk mit durchschnittlich sieben Personen, dazu nötig gewesen. Die Retter wurden in den Gemeinden, durch Landesregierungen geehrt, 3500 Bundesverdienstkreuze an sie vergeben. Aber der einzige Ort, an dem man die Erinnerung an die Menschlichkeit dieser stillen Helden pflegt, ist die Allee der Gerechten in Jerusalem in Yad Vashem.

„Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt“, zitierte der Bundespräsident bei der Vorstellung des Buches „Hilfe für Verfolgte in der NS-Zeit – Jugendliche forschen vor Ort“ der Körber-Stiftung einen Talmudtext. Dies besagt, was dem jüdischen Volk in seiner Gesamtheit widerfährt, widerfähre jedem einzelnen von ihnen. Die Helden in Israel zu präsentieren, sorgte sich Rau, könne wie der Versuch einer Wiedergutmachung durch Angehörige der Tätergesellschaft an die ganze Judenheit missverstanden werden. Darum gehe es nicht, auch nicht etwa darum, die Verbrechen der Nazis zu relativieren. Aber: „Die Männer und Frauen, die Kinder und Jugendlichen, die während der Zeit des Nationalsozialismus Verfolgten geholfen haben, haben mit jedem Leben ein Stück Welt gerettet“, sagte Johannes Rau, als er die Ergebnisse aus Schülerwettbewerben der Körberstiftung vorstellte.

Schülerinnen und Schüler haben bei der Spurensuche vor Ort den wenigen Menschen nachgespürt, die sich nicht passiv verhalten haben, als in ihrer Umgebung Unrecht geschah. Entstanden ist so ein eindrucksvolles Buch. Theodor Görner hat in seiner Druckerei in Berlin Juden beschäftigt und versteckt, ähnlich wie der Bürstenbinder Weidt in seiner Nähe. Ruth Held hat in Hamburg den Jesuitenpater Kugelmeier bei der Versorgung Verfolgter unterstützt

und – als sie selbst darüber zur Verfolgten wurde – jüdische Zwangsarbeiter als Vorarbeiterin in einer Munitionsfabrik geschützt. Henny Hertz hat eine phantastische Existenz, keineswegs im Untergrund, geführt, nachdem sie sich der Verfolgung durch Flucht entzogen hatte. Charlotte Knobloch überlebte ausgerechnet in einer besonders beflissen zur Vertreibung der Juden entschlossenen Gemeinde, weil Helfer ihr die Biographie eines unehelichen Kindes einer katholischen Magd gaben. Ihre Retterin wollte auch deshalb nie geehrt werden, weil sie die Hilfe für das jüdische Kind als Unterpfand für die – letztlich geglückte – Rückkehr ihrer Söhne aus dem Russlandfeldzug betrachtete. Da war Erwin Zimmermann, Kommunist, der als Vorarbeiter bei Daimler-Benz französischen Zwangsarbeitern ein menschliches Dasein verschaffte, oder das Ehepaar Eisenhardt, das 72 von ihnen zur Flucht verhalf. In Bückeburg stellte sich der Pastor Wilhelm Mensching mit Schutz für Verfolgte gegen die amtliche Politik. Zur Realität gehörte es auch, dass aus Helfern immer wieder Verfolgte wurden, wie der in Hamburg hingerichtete Ernst Friedrich. Die eindrucksvollste Geschichte ist schließlich die des Jörg Schörghuber, Wärter auf dem Jüdischen Friedhof München, dessen ärmliche Jugend als Waisenkind ihn bewogen hat, Menschen Gutes zu tun. Er rettete mindestens acht Menschen vor dem Konzentrationslager, barg jüdisches Kultgerät, ließ sich trotz wiederkehrender Verfolgung durch die Gestapo nicht beirren. Intrigen zerstörten nach dem Krieg diesen Retter, der – ehe man ihn ehrte – durch Selbstmord endete.

Aus prämierten Beiträgen zu Schülerwettbewerben ist das Buch unter Mitwirkung von Iris Berben, Inge Deutschkron und Cornelia Schmalz-Jacobsen entstanden. Es ist tröstlich – weil es (ohne den Rest der Deutschen reinzuwaschen) zeigt, dass es in Nazideutschland Menschen gab, die es nicht widerspruchslos hinnahmen, was in ihrer Umgebung mit den Juden oder anderen Menschen geschah; weil es junge Leute gibt, die die Erinnerung an diese Menschen nicht untergehen lassen wollen. Das ist nicht Allgemeingut, auch wenn man nicht ganz widerspruchslos Raus Überzeugung folgen will, wir hätten „einen Punkt erreicht, an dem die Mehrheit der Menschen die Schuld der damals Beteiligten an den Verbrechen der NS-Zeit genauso akzeptiert wie die daraus resultierende Verantwortung“ heute.

Klaus-Henning Rosen
Johannes Rau (Hrsg.), **Hilfe für Verfolgte in der NS-Zeit – Jugendliche forschen vor Ort**, Hamburg 2002 (edition Körber-Stiftung), 328 Seiten, 13,- EUR.

Demokratische Initiativen**Engagement zeigen**

Auf sein zehnjähriges Bestehen kann der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie zurückblicken. Dieses Jubiläum wird jetzt am 11. April um 11.00 Uhr mit einer Feierstunde im Bonner Rathaus würdig begangen. Reden beziehungsweise referieren werden neben der Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und dem Vereinsvorsitzenden Hans Koschnick der Gründungsvorsitzende Hans-Jochen Vogel, die stellvertretende Vorsitzende Hanna Renate Laurien, das Vorstandsmitglied Joachim Gauck sowie Cornelia Schmalz-Jacobsen. Eingebunden in die Feierlichkeiten zum zehnten Jahrestag sind auch die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Seine Arbeit versteht der engagierte Verein, der sich neben der Aufarbeitung der NS-Diktatur und des SED-Regimes besonders der Bekämpfung des Rechtsextremismus widmet, als zukunftsorientiert. Grundsatz ist, dass zur Festigung des demokratischen Gemeinwesens nicht nur an staatliches Handeln appelliert werden könne, sondern jeder Einzelne gefordert sei. Es gelte, diejenigen, die sich vor Ort engagierten, zu ermutigen, betonte der Vorsitzende Hans Koschnick bei einem Pressegespräch am 27. März in Berlin.

Die mittlerweile über 2300 Vereinsmitglieder sind in 24 regionalen Arbeitsstellen aktiv, im vergangenen Jahr wurden weit über 300 Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet durchgeführt.

Auch für dieses Jahr hat sich Gegen Vergessen – Für Demokratie viel vorgenommen. Mit einer Veranstaltung wird dem Aufstand der Warschauer Juden im Ghetto vom April 1943 gedacht, in Berlin erinnert man im Mai gemeinsam mit dem Pen-Club und dem Schriftstellerverband an die Bücherverbrennung von 1933, in Köln findet im Juni eine Veranstaltung über „Entartete Kunst“ statt. G.N.

<http://www.gegen-vergessen.de>

Hinweis

Neumünster – In Neumünster wird vom 4. April bis 18. Mai in Zusammenarbeit mit der Stadt, der Volkshochschule und dem „Kiek In“ die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941 – 1944“ gezeigt. Parallel dazu läuft ein umfangreiches Begleitprogramm.

Kiek in, Gartenstraße 32, Neumünster; Informationen: Tel. 04321/9422314, E-Mail: Stadt@neumuenster.de

Bücherschau**Gegen Amerika**

Proteste gegen die Politik der USA verdanken sich nicht nur politischen Umständen, sondern einem tiefer angelegten historischen Ressentiment. Von dieser Annahme geht der Historiker Dan Diner in seinem Buch „Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments“ aus. Er will darin in der bewusst als Polemik angelegten Form des historischen Essays nach den Erscheinungsformen, Hintergründen und Unterschieden des Antiamerikanismus fragen. Dieser trete nicht als geschlossene Weltanschauung auf, sondern lege sich als Schleier unterschiedlicher Konsistenz auf in den USA tatsächlich anzutreffende oder ihr nur zugeschriebene Phänomene. Anhand literarischer und publizistischer Quellen verfolgt der Autor die Entwicklung des Antiamerikanismus in der Romantik des 19. Jahrhunderts, in der Weimarer Republik in seiner antiwestlichen und im Nationalsozialismus in seiner antisemitischen Prägung sowie bei der politischen Linken der Bundesrepublik. Dabei wird deutlich, dass sich entsprechende Ressentiments bei Konservativen und Nationalsozialisten ebenso fanden wie bei Kommunisten und Sozialisten. Gegen Ende seines Buches geht Diner dann noch ausführlicher in diesem Kontext auf die Reaktion auf den 11. September 2001 ein. Bei aller Unterschiedlichkeit der Embleme und Metaphern des antiamerikanischen Ressentiments von „links“ und „rechts“ meint Diner eine durchgängige Beständigkeit ausmachen zu können: „Das Element einer ambivalenten, vornehmlich aber feindseligen, durch Angst bestimmten Reaktion auf die Moderne“ (S. 9). Anders formuliert: „Degeneration durch Moderne – so lautet die untergründige Botschaft des Antiamerikanismus“ (S. 85).

In der Darstellung und Analyse der Amerika-Kritik liegen zweifellos die Stärken des Essays, der insbesondere die politische Linke zu selbstkritischen Reflexionen veranlassen sollte. Es ist aber auch Kritik angebracht, bezüglich der selektiven Auswahl des historischen Materials sowie hinsichtlich der mangelnden Repräsentativität der analysierten Texte. Darüber hinaus wird keine trennscharfe Differenzierung von Antiamerikanismus und USA-Kritik vorgenommen. **Armin Pfahl-Traugher**
Dan Diner, Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments, München 2002 (Propyläen-Verlag), 238 Seiten, 20,- EUR.

Meldungen

Inland

■ **Dortmund** – Neonazis wollen auch in Dortmund gegen die Wehrmachtsausstellung demonstrieren, die dort vom 19. September bis 2. November 2003 Station macht. Unter dem Motto „Ehrenschatz der deutschen Wehrmacht!“ ruft eine „Völkisch orientierte Gemeinschaft“ (VOG) während der Dauer der Ausstellung im Wochenrhythmus zu Aktionen auf. Angemeldet und genehmigt sind nach Angaben der VOG Demonstrationen am 20. September und am 25. Oktober sowie „stationäre Kundgebungen“ am 27. September, am 4., 11. und 18. Oktober sowie am 1. November.

■ **Dresden** – Am ersten Abend des Krieges gegen Saddam Hussein trafen sich auch in Dresden Tausende, um dagegen zu protestieren. Einige hundert Meter Luftlinie entfernt, direkt an der Vorderseite der Neuen Synagoge kamen etwas mehr als 40 Neonazis mit Transparenten zusammen. Obwohl verstärkte Sicherheitsbestimmungen in Sachsen auch für jüdische Einrichtungen gelten, wurden die Personen aus dem Umfeld von NPD und „Klub Thor“ von der Polizei an mehrere Innenstadtpunkte begleitet. Mit Rufen wie „USA – internationale Völkermordzentrale“ und Transparenten mit Bomben, deren Herkunft mit USA- und Israel-Symbolen deutlich gemacht worden war, ging es wieder zum Abschluss an die Synagoge zurück. In Chemnitz, hieß es in einer dort erscheinenden Tageszeitung, seien während der Friedensdemonstration Ende März Sprechchöre erklingen, „die den USA Völkermord vorwarfen. Dieser Sprechchor war im exakt gleichen Wortlaut bereits Wochen zuvor in Chemnitz zu hören gewesen, gebrüllt von glatzköpfigen Anhängern der Worch-Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung.“

■ **Duisburg** – An zahlreichen Laternen und Stromkästen in Duisburg wurden Aufkleber mit dem Titel „Was ist Semitismus“ angebracht. Darin heißt es: „Suchen Sie diesen Begriff im Lexikon? Sie werden ihn nicht finden! Deshalb gibt es auch keinen Antisemitismus! Wer dieses Wort gebraucht, benutzt es als Schimpfwort oder um zu verleumden. Lesen Sie deshalb die Aufklärungsschrift 'Die Entlarvung des Antisemitismus-Schwindels!'“. Verantwortlich für die Aufkleber zeichnet der Rechtsextremist Erich Glagau (Baunatal). Glagau war Gastredner der HNG-Jahreshauptversammlung 2002, ist Autor in

dem Neonazi-Blatt „Lübscher Aufklärer“ und Leserbriefschreiber im NPD-Sprachrohr „Deutsche Stimme“.

■ **Greifswald** – Wegen Freiheitsberaubung und gefährlicher Körperverletzung wurde der mehrfach vorbestrafte NPD-Kreisvorsitzende Maik Spiegelmacher in Untersuchungshaft genommen. Spiegelmacher soll mit einem bislang Unbekannten einen 18-jährigen Mann aufgegriffen, in ein Auto gezerzt, in seine Wohnung gefahren und dort verprügelt haben. Anschließend wurde der Mann wieder ins Auto geschleppt und in Greifswald nackt an einen Laternenpfahl angebunden. Spiegelmacher war 2002 vom Amtsgericht Greifswald wegen vorsätzlicher Trunkenheit am Steuer und Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten verurteilt worden. Dagegen hatte er beim Landgericht Stralsund Berufung eingelegt. Juristisch stand ihm Hans-Günter Eisenecker, NPD-Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern, zur Seite. Das Landgericht Stralsund wandelte am 19. Dezember 2002 die Freiheitsstrafe in eine sechsmonatige Bewährungsstrafe um. Das Verfahren wegen Körperverletzung wurde eingestellt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da die Staatsanwaltschaft in Revision gegangen ist. Wegen des Überfalls wird nun gegen Spiegelmacher wegen gefährlicher Körperverletzung und Freiheitsberaubung ermittelt.

■ **Kiel** – Der rechtsextreme Schulverein zur Förderung der Russlanddeutschen in Trakehnen (Kiel) will vom 11. bis 13. April seine Jahrestagung in Nordbayern abhalten. In den letzten Jahren fand die Jahreshauptversammlung in Pommersfelden statt. Als Referenten der Tagung sind Josef Schmid („Criticon“-Autor, Interviewpartner von „Zur Zeit“, Referent der „Frankfurter Tafelrunde“), Alfred Mechttersheimer (Deutschland-Bewegung) und Horst-Rudolf Übelacker (Vorsitzender des Witikobund, Autor des Grabert-Verlags) vorgesehen. Initiator des von der Bundesregierung als rechtsextrem eingestuften „Schulvereins“ ist der Verleger Dietmar Munier (Arndt-Verlag, Pour le Mérite-Verlag). Trakehnen liegt im einstigen Nordostpreußen. Mitte 1996 wurde von russischer Seite ein Einreiseverbot gegen Munier verhängt. Gern gesehener Referent des „Schulvereins“ ist der Ex-NPD-Ideologe Horst Mahler.

■ **Mainz/Berlin** – Wegen Billigung der Terroranschläge vom 11. September 2001 in den USA ist der haft- und gerichtserprobte Horst Mahler zu einer Geldstrafe von 7200 Euro verurteilt worden. Das

Landgericht Mainz bestätigte am 27. März ein entsprechendes Urteil des Amtsgerichts Mainz aus dem vergangenen Jahr. Das Gericht verwarf damit die Berufung sowohl der Verteidigung als auch der Staatsanwaltschaft. Die Anklage hatte eine Freiheitsstrafe von acht Monaten ohne Bewährung gefordert, die Verteidigung Freispruch oder die Einstellung des Verfahrens. Sie kündigte abermalige Revision an. Der 67-jährige Mahler hatte unmittelbar nach den Anschlägen im September 2001 in einem ZDF-Interview „Hochachtung“ vor den Terrorakten geäußert und sie als rechtens bezeichnet. Vor dem Amtsgericht korrigierte er seine Auffassung, dass diese Anschläge von islamischen Terroristen verübt worden seien. Die Bilder von Flugzeugen, die in das World Trade Center und in das Pentagon stürzten, seien manipuliert worden. Hinter den Ereignissen stecke möglicherweise eine Staatsstreich-Junta innerhalb der US-Regierung in Zusammenarbeit mit dem US-Geheimdienst, erklärte Mahler. Von der Berliner Staatsanwaltschaft wurde Mahler wegen des Verdachts der Volksverhetzung angeklagt. Anlass bietet das vom „Deutschen Kolleg“ verbreitete Pamphlet „Ausrufung des Aufstandes der Anständigen“ vom Oktober 2000.

■ **München** – Die Zahl der rechtsextrem motivierten Straftaten in Bayern war nach Mitteilung des bayerischen Innenministers Günther Beckstein (CSU) im vergangenen Jahr mit 1369 Vorfällen (2001: 1768) rückläufig. Reduziert haben sich ebenfalls die rechtsextrem motivierten Gewalttaten auf 51 Delikte (2001: 72). Überwiegend würden die Straftaten von den rund 900 Skinheads im Freistaat begangen, erklärte Beckstein. Nach Erkenntnissen des bayerischen Innenministeriums hat sich das rechtsextreme Personenpotenzial auf 6750 verringert.

■ **Münster** – Im Streit über die Frage, ob Internet-Zugangsanbieter rechtsextreme Internetangebote sperren müssen, hat das NRW-Oberverwaltungsgericht im Eilverfahren der für die Medienaufsicht im größten Bundesland zuständigen Bezirksregierung Düsseldorf Recht gegeben. Sie hatte fast 80 Internet-Zugangsanbieter mit Sitz in NRW aufgefordert, den Zugang zu zwei rechtsradikalen Webseiten zu sperren, die in den USA ins Internet gestellt werden. Eines der Internet-Unternehmen hatte vorläufigen Rechtsschutz beantragt: Bis zur endgültigen Entscheidung im Klageverfahren wollte es die Webseiten nicht sperren. Diesen Antrag hat das OVG nun abgelehnt: Beide Websites würden strafbare Inhalte enthalten. Maßnahmen gegenüber den Anbie-

tern in den USA seien nicht durchführbar beziehungsweise nicht erfolgversprechend. Hinter die Sperrungsverfügung hatten sich der DGB und die evangelische Kirche gestellt; dagegen hatten sich der Verband der Internetwirtschaft „eco“, der „Chaos Computer Club“ sowie Jörg Tauss, der Beauftragte der SPD-Bundestagsfraktion für Neue Medien, ausgesprochen.

■ **Neumünster** – Neonazis wollen am 5. April in Neumünster gegen die so genannte Wehrmachtausstellung demonstrieren, „um der Verunglimpfung der Deutschen Soldaten des letzten großen Völkerringens entgegenzutreten.“ Anmelder der Demonstration ist Peter Borchert, NPD-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein. Da der Aufmarsch offiziell nicht von der NPD unterstützt wird, hetzt Borchert in einer Stellungnahme (25. März) gegen seine Parteikameraden: „Ein nicht unerheblicher Teil der Führung der NPD hat wieder einmal eine zersetzerische Handlungsweise zu verantworten. Zersetzung wird im Kriegsfall sehr eindrucksvoll geahndet ... Sollte der Unterzeichner eines Tages also die verantwortlichen Funktionäre in seine direkte Gewalt bringen können, weiß er, was er zu tun hat“. Jürgen Günz, NPD-Landesvorstandsmitglied in Sachsen, weist Borcherts Attacke als „Sprachgebrauch von Gehirnamputierten“ und „krimineller Ausfall“ zurück.

■ **Pirna** – Am 25. März wurde in Pirna gegen den Betreiber der Website heimatschutz.org, den einschlägig vorbestraften Jens Lehmann, eine Strafe von 25 Tagessätzen á 30 Euro erlassen. Auf der SSS-nahen homepage „Ich kann mich nicht erinnern, Eigentümer der Seite zu sein“ wurde unter anderem ein PDS-Kreisrat bedroht. „Unser besonderer Freund“, hieß es da, „hat sich wieder so sehr über die SSS geärgert, dass sein Gesicht eine Birnenform annahm“. Es wurde ihm empfohlen, seinen Kopf in einen Schraubstock zu legen – und dann „lass einen von uns zudrehen“, kündigte man an. Die Klageschrift war zum Teil wortgleich mit der im laufenden SSS-Verfahren in Dresden. Lehmann war beziehungsweise ist Anmelder von Seiten mit Namen wie „Sachsenstimme“, „Kulturkammer“, „Braunhemd“ oder „Sturmschritt“. Letztere läuft inzwischen auf Thomas Rackow, einem vor Gericht stehenden SSS-Mitglied.

■ **Potsdam** – Der 74-jährige DVU-Abgeordnete im Potsdamer Landtag Werner Firneburg ist am 12. März verstorben. Die fünfköpfige DVU-Fraktion im Landtag von Brandenburg wird jetzt durch den

nachgerückten 31-jährigen Markus Nonninger komplettiert.

■ **Sondershausen** – Der 45-jährige Neonazi und fanatische Antisemit Gerd Ittner wurde vom Amtsgericht Sondershausen wegen Verunglimpfung des Staates zu einer Geldstrafe von 1200 Euro verurteilt. Das Gericht sprach ihn schuldig, die Bundesregierung bei einer Neonazi-Demo am 24. August 2002 beschimpft zu haben. Ittner diffamierte die Bundesregierung als „rot-grüne Chaosregierung“ und unterstellte ihr unter anderem Schwarzgeldgaunereien und Korruption. Vor Gericht machte Ittner geltend, dass seine Teilnahme an dem Prozess nur unter „Vorbehalt“ sei, da er ein „BRD-Gericht“ aufgrund deren fehlender völkerrechtlicher Legitimation als „Deutscher des Reiches“ nicht als zuständig anerkennen würde. Gegen das Urteil hat das Ex-NPD-Mitglied Ittner, Autor der „Deutschen Stimme“, Berufung eingelegt.

Ausland

■ **Belgien (Antwerpen)** – Am 27. April findet im Raum Antwerpen ein Singfest („Zangfest“) von „flämischen Patrioten“ statt. Eintrittskarten sind bei Ilse-Carla Salm (Starnberg) erhältlich. Die rechts-extreme Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) bezeichnet Salm als „eine der ältesten lebenden Aktivistinnen in vielen Organisationen, die neben ihren jahrzehntelangen Aktivitäten in und mit Flandern auch eine der agilsten Zeitzeuginnen der nationalen Bewegung sein dürfte“. Salm ist unter anderem Autorin im „Witikobrief“, in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, „Nation&Europa“ und der „Jungen Freiheit“. Alljährlich ist sie im Sommer bei der Ijzerbedevaart im belgischen Diksmuide anzutreffen.

■ **Schweiz (Egerkingen, Zofingen)** – Gleich dreimal marschierten die Deutschschweizer Rechtsextremisten auf einer unbewilligten Kundgebung, jedes Mal trat der Holocaust-Leugner Bernhard Schaub als Redner auf und jedes Mal war die NAPO (Nationale Außerparlamentarische Opposition) die offizielle Veranstalterin. Am 2. März tauchten die Rechten überraschend in Solothurn auf und demonstrierten gegen „Kinderschänder“. Und am 20. März standen plötzlich rund 70 Glatzen in der McDonald's-Filiale in Egerkingen. Schaub habe, so berichtet der Mediendienst „Freie Stimme“, den esenden Gästen klar machen wollen, dass sie bei McDonald's nicht nur der Gesundheit schaden, sondern auch den amerikanischen Imperialismus unterstüt-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 9
Heft 07/2003 Abo 401917

Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10

10999 BERLIN

zen würden. Die Gäste hätten „eher verwirrt“ auf die Ansprache reagiert. Daraufhin stellten sich die Demonstrierenden eine halbe Stunde vor das Gebäude, mit Fackeln und Schweizerfahnen. Und am 22. März zogen Skinheads in Marschkolonnen und Fahnen durch das Städtchen Zofingen, voran ein Transparent „USreal Kriegstreiber“. Hier sprach Schaub, gemäß einer Mitteilung der PNOS, über „die schwarzen Machenschaften der USA“, auch über die „amerikanische (Un-)Kultur“, sowie über „die strategische Freundschaft der Islamisten und der Nationalisten“. Alle drei Kundgebungen erreichten kaum Medienaufmerksamkeit. Unklar ist zur Zeit noch, wer hinter der „Napo“ steht.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.